

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 16

**Rubrik:** Liebe Leser

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Marktpreise handelt es sich insofern nicht, als das staatliche Handelsmonopol nach wie vor besteht. Auf diese Art gelangt man weniger zu einem neuen System, als vielmehr zu neuen Auswüchsen am alten System und zu Preiserhöhungen, die man als solche nicht zu dekretieren braucht. Dass diese halbe Sache mit Marktwirtschaft assoziiert wird, ist höchstens geeignet, die Marktwirtschaft bei den Leuten in Verruf zu bringen.

Bei der einseitigen «Liberalisierung» ist den Behörden noch ein weiterer Fehler unterlaufen. Wenn man in planwirtschaftlichen Ländern neue Marktmechanismen einführen will, muss das von parallelen Änderungen in der Lohnstruktur begleitet sein, aber davon hat man in Warschau abgesehen.

### Kiszczak und die Solidarnosc

Die unmittelbare Hinterlassenschaft der Regierung Rakowski ist eine Verschärfung der Wirtschaftskrise durch Destabilisierungen im Preisgefüge. Verheißt wenigstens die neue Regierung eine Besserung?

Auf Wunsch Rakowskis ist General Czeslaw Kiszczak vom Sejm (wo die PVAP eine vom

Wählerwillen unabhängige Mehrheit zugebilligt erhalten hat) zum neuen Ministerpräsidenten erkoren worden. Er ist als bisheriger Innenminister und Herr über den Sicherheitsdienst kein Wirtschaftsfachmann. Seinerseits war er an der Vorbereitung zum Kriegszustand von 1981 massgeblich beteiligt. Das haben die Polen nicht vergessen, wiewohl Kiszczak im letzten Winter bei den Verhandlungen mit der Solidarnosc am runden Tisch als Leiter der Regierungsdelegation zum eigentlichen Gesprächspartner von Walesa wurde.

Kiszczak würde die Solidarnosc denn auch gerne in die Regierungsverantwortung eingebunden haben. Aber damit hätte die Opposition nur für eine Politik mithaftend müssen, die sie insgesamt doch nicht bestimmen konnte. So hat sie abgelehnt. Aber irgendwie wird sie «mithelfen» müssen, das Land aus seiner Not zu führen, nachdem sie schon dem Konfrontationskurs abgesagt hat. Eigentlich ist es paradox, wie schwer die Solidarnosc mit dem Problem ringt, ihren überwältigenden Wahlerfolg vom Juni in die politische Praxis umzumünzen. Polen scheint gegenwärtig die Potenz zu haben, alle Parteien gleicherweise zu überfordern. □

## «Kämpfende Solidarnosc»

**In Polen gibt es nebst Regierungslager und Solidarnosc noch eine weitere Kraft: die Opposition gegen den Kompromiss. Dazu gehört die «Kämpfende Solidarnosc».**

Die Solidarnosc steht zur PVAP in «konstruktiver Opposition», gestern am runden Tisch, heute im Parlament. Damit steht sie auch im Licht der Öffentlichkeit. Dieses ist so grell, dass die Parallelorganisation «Kämpfende Solidarnosc» im Schatten bleibt, nicht zuletzt bei den westlichen Medien.

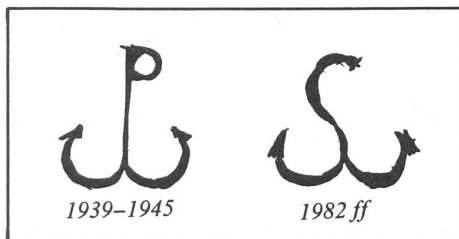
Wer oder was ist die «Kämpfende Solidarnosc» (KS)? Nach eigener Darstellung ist sie 1982 entstanden, als Organisation zur Überwindung der politischen Ratlosigkeit und Apathie, die sich nach der Verhängung des Kriegszustandes verbreitet hatten. Ziel der KS ist eine unabhängige und demokratische Republik, frei von den Fesseln des sozialistischen Systems. Die Regierung soll nicht mit den Kommunisten ausgehandelt, sondern frei gewählt werden. Eine Opposition, die mit der PVAP paktiert, gilt der KS als unglaubwürdig.

Die KS wirkt im Untergrund und ist in allen grösseren Ortschaften aktiv, vor allem durch Informationsverbreitung, dann aber auch durch Streikunterstützung; sie lehnt den Terror ab. Ohne sich direkt gegen die Solidarnosc zu stellen, betrachtet sie deren Taktik als unangebracht, da diese bestenfalls zur

Reform, nicht aber zur Überwindung des Systems führe. Sollte der Solidarnosc die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung doch gelingen, würde sich ihr die «Kämpfende Solidarnosc» sofort anschliessen.

Die KS hat sich ein Symbol gegeben, das vom Symbol des polnischen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Besetzung abgeleitet ist. Während des Krieges waren die Buchstaben P und W (für Polska Walczaca, kämpfendes Polen) zu einem Hoffnungsanker verbunden; die Solidarnosc Walczaca verbindet das S der Solidarität mit dem W des kontinuierlichen Widerstandes.

Als US-Präsident Bush in Polen war, hat sich ihm die «Kämpfende Solidarnosc» manifestiert mit ihrem Protest gegen die Pseudodemokratie in Polen und den kommunistischen Raubbau an Wirtschaft und Natur; die USA wurden vor weiterer Kreditgewährung an Polen gewarnt. *Max Keller*



## LIEBE LESER

Im Obersten Sowjet der Sowjetunion hat sich eine parlamentarische Oppositionsgruppe zusammengesetzt, die sowohl Mitglieder (wie Boris Jelzin) als auch Nichtmitglieder (wie Andrej Sacharow) umfasst. Die Entwicklung im nominellen Einparteiensstaat ist um soviel weitergegangen.

Schon seit längerer Zeit formiert sich in den Randgebieten die jeweilige und regionale Opposition. Dafür sind die Volksfronten in den Sowjetrepubliken des Baltikums exemplarisch. Dort haben es eben die Letten den Esten und Litauern gleich gemacht und mit einer einseitigen Erklärung ihre Souveränität ausgerufen. Das ist die jüngste Zuweigerung gegen den immer noch «gültigen» Beschluss des Staatspräsidiums vom November 1988.

Auf lokaler Ebene angelassen hat sich ferner nach der kürzlichen Streikwelle die Organisation einer sozialen Opposition. Unabhängige Gewerkschaften, vor dem Moskauer Parlament «bloss» ein Diskussionsthema, sind da und dort schon ins Leben gerufen worden. Das können Einzelfälle sein oder auch Ansätze zu einer umfassenden Bewegung. Nach der polnischen Solidarnosc eine Art sowjetische «Solidarnosc»? Einstweilen nimmt sich das unmöglich aus, aber noch vor kurzer Zeit schienen viele Dinge unmöglich, die inzwischen Wirklichkeit geworden sind.

Die parlamentarische Oppositionszusammenschluss in Moskau ist nun zu alledem ein Koordinationsfaktor im Zentrum oder kann es wenigstens sein. Dazu zeigt die Vereinigung von Parteilosen und Parteigliedern noch etwas anderes: die KPdSU selber hat aufgehört, zu den nichtkommunistischen Initiativen von unten ein geschlossenes Gegenüber zu sein. Die Fronten verlaufen zwar noch nicht gerade beliebig, aber schon deutlich anders. Stückweise verliert damit das Einparteiensystem an praktischer Bedeutung, auch wenn die theoretische Anfechtung nach wie vor Sache der Aussen-seiter ist.

Wenn Gorbatschow früher meinte, der Perestrojka von oben müsse eine Perestrojka von unten entgegenkommen, meinte er immer eine allseitige Mitwirkung an jener einen Perestrojka, die er als lenkbaren Reformprozess verstand. Sein Wunsch geht heute anders in Erfüllung. Die Umgestaltung wird von immer mehr Leuten und Kräften nach eigenen Vorstellungen in Angriff genommen. Wenn das so weitergeht, führt das zur simultanen nationalen und sozialen Auflösung von Union und Ordnung. Und wenn das gebremst werden soll: Wie?

*Christian Brügger*